



48 Stunden Addis | Die Ergebnisse des 29. AU-Gipfeltreffens

„L’Afrique doit devenir un havre de paix.“¹ Dies wünschte sich Alpha Condé, Vorsitzender der Afrikanischen Union (AU) und Präsident Guineas, im Vorfeld. Zur Verwirklichung dieses Wunsches kamen die Staats- und Regierungschefs der AU-Mitgliedsstaaten vom 03.-04. Juli 2017 zu einem Gipfeltreffen in Addis Abeba zusammen. Dieser Gipfel zeigte aber, dass der Weg zur „Oase des Friedens“ noch weit ist. Das vorliegende ZIF *kompakt* stellt seine Ergebnisse aus dem Bereich Frieden und Sicherheit vor, einem der drei Schwerpunkte, neben der [Reform der AU](#) und ihrer Finanzierung sowie der Unterstützung der jungen Generation.

Krisenprävention

Während beim letzten AU-Gipfel die Wahl der neuen Kommission im Zentrum stand, erwarteten viele Beobachter² diesmal eine Konzentration auf Sachthemen. So forderte Moussa Faki Mahamat, der als neuer AU-Kommissionsvorsitzender seinen ersten Gipfel leitete, die Mitgliedsstaaten auf, angesichts der Vielzahl von Konflikten auf dem Kontinent, das Thema „Prävention“ zu priorisieren. Dies ist keine revolutionäre Erkenntnis. Jedoch hielt der Friedens- und Sicherheitsrat der AU im Jahr 2016 keine einzige Sitzung über potentielle oder aufkommende Krisen ab.

Einer der wenigen konkreten Beschlüsse des Gipfels betraf die Kontrolle von Kleinwaffen. Bis zum Jahr 2020 soll die Bevölkerung in allen Mitgliedsstaaten im September jeden Jahres die Möglichkeit haben, Kleinwaffen bei nationalen Autoritäten abzugeben. Die Besitzer müssen dabei keine Strafverfolgung fürchten. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, das zum [50-jährigen Jubiläum](#) der AU im Jahr 2013 verkündete Ziel zu erreichen, bis zum Jahr 2020 alle gewalttätigen Konflikte in Afrika zu beenden.

Finanzielle Herausforderungen

Am 21. Juni diesen Jahres wurde der Resolutionsentwurf zur Autorisierung einer Eingreiftruppe einer Organisation aus fünf Sahel-Ländern (der sogenannten [G5 Sahel - G5S](#)) vom UN-Sicherheitsrat angenommen. Großbritannien und die USA verhinderten jedoch, dass diese Truppe (*Force Conjointe du G5 Sahel* - FC-G5S) aus UN-Beiträgen finanziert wird. Für die AU ist dies ein enttäuschender Ausgang, sieht sie die Eingreiftruppe doch als unterstützenswertes Beispiel für afrikanisches Engagement im Bereich Frieden und Sicherheit.

Der AU-Gipfel beschloss daher, über die AU-Kommission eine Geberkonferenz zu organisieren, um die jährlich benötigten ca. 420 Mio. € einzuwerben. Die EU sagte bereits 50 Mio. € zu. Gleichzeitig wurde auf dem Gipfel aber auch deutlich, dass die geplante Co-Finanzierung der AU-Friedenseinsätze durch die Mitgliedsstaaten mithilfe einer [Abgabe in Höhe von 0,2%](#) auf importierte Waren nur sehr langsam Fortschritte erzielt.

Zusätzlich wurde kurz vor Beginn des Gipfels bekannt, dass die UN das Budget für ihre Peacekeeping-Missionen auf Drängen der USA um ca. 530 Mio. € kürzen werden. Acht von 15 dieser Missionen sind in Afrika stationiert. Daraus folgt, dass die Mitgliedsstaaten der AU in Zukunft noch mehr Verantwortung – auch finanzielle – für die Stabilität ihres Kontinents übernehmen werden müssen.

Ein neuer alter Konflikt

Die Staats- und Regierungschefs erwartete eine umfangreiche Liste von Krisen, die beim Gipfel besprochen werden mussten. Zusätzlich brach jedoch 19 Tage vor Gipfelbeginn ein alter Konflikt erneut aus: Katar zog am 14. Juni ohne Vorwarnung seine 450 Beobachter von der Grenze zwischen Eritrea und Dschibuti ab. Beide Länder hätten in der aktuellen Krise gegen Katar Position bezogen – ein Vorwurf,

¹ „Afrika soll eine Oase des Friedens werden“.

² Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

den zumindest Eritrea zurückweist. Dschibuti wirft Eritrea nun vor, ein kleines Gebiet besetzt zu haben und forderte die AU auf, die Grenze zu demarkieren und so schnell wie möglich Beobachter zu entsenden. Faki Mahamat sagte während des Gipfels zu, noch im Juli seinen Kommissar für Frieden und Sicherheit, Smaïl Chergui, nach Eritrea und Dschibuti zu entsenden.

Frankreich und die USA unterhalten Militärbasen in Dschibuti. Auch Chinas erste Militärbasis außerhalb der eigenen Landesgrenzen befindet sich dort. Die Vereinigten Arabischen Emirate dagegen verfügen über eine Militärbasis in Eritrea. Diese Akteure haben daher großes Interesse an Stabilität in der Region. Eine Eskalation ist somit unwahrscheinlich. Die ostafrikanische AU-Regionalorganisation *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD) unterbreitete dennoch einen Vorschlag für eine Friedensmission. Eine Entsendung dürfte jedoch nicht notwendig sein.

(Nicht-) Entscheidungen im Überblick

- **Demokratische Republik Kongo** | Es ist nicht bekannt, ob die Staats- und Regierungschefs Maßnahmen zur Konfliktbeilegung in den Kasai-Provinzen beschlossen. Sie nahmen jedoch eine von Kinshasa eingebrachte Resolution an, die die Aufhebung von Sanktionen gegen einzelne Mitglieder der kongolesischen Regierung fordert. Präsident Joseph Kabila reist in der Regel nicht zu AU-Gipfeln. Diese Resolution war ihm jedoch so wichtig, dass er diesmal persönlich nach Addis Abeba kam. Die EU und die Vereinigten Staaten von Amerika hatten diese Sanktionen gegen mehrere hochrangige Regierungsbeamte verhängt, denen Missachtung der Menschenrechte und die Verschleppung der Präsidentenwahl vorgeworfen wird.
- **Libyen** | Die AU beschloss, einen nationalen Aussöhnungsprozess zu starten, nachdem die UN-Bemühungen gescheitert sind. Wann die Verhandlungen beginnen, legten die Regierungschefs jedoch nicht fest.
- **Marokko** | Bei der ersten Gipfelteilnahme nach der Wiederaufnahme in die AU Anfang 2017 kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen Marokko einerseits und Algerien und der Vertretung der Westsahara andererseits. Marokko forderte einen Passus aus einem Bericht der *Afrikanischen Kommission für Menschen- und Völkerrechte* zu streichen. Rabat kritisierte, dass darin die Westsahara als „okkupiertes Territorium“ bezeichnet wird. Der Passus wurde gestrichen.
- **Südsudan** | Angesichts der momentan schlimmsten humanitären Krise des Kontinents, wiesen die Gipfelteilnehmenden erneut darauf hin, dass die Entsendung einer regionalen Truppe zum Schutz der Zivilbevölkerung notwendig sei. Die IGAD-Mission wurde jedoch noch nicht entsandt, da Juba sich weiterhin weigert, die Truppe aufzunehmen. Es vertritt die Position, dass sich die Sicherheitslage mittlerweile verbessert habe. Präsident Salva Kiir blieb dem Gipfel fern. Er wurde jedoch aufgefordert, alle Parteien in den nationalen Dialogprozess einzubeziehen.
- **Westsahara** | Die Staats- und Regierungschefs hießen die Entscheidung des UN-Sicherheitsrats willkommen, Horst Köhler zum Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für Westsahara zu ernennen. Sie fordern eine friedliche und konsensbasierte Lösung des Konflikts. Damit kommt Horst Köhler eine wichtige Rolle zu. Denn Marokko weigert sich, den Westsahara-Konflikt von der AU bearbeiten zu lassen. Rabat sieht hierfür die Vereinten Nationen in der Pflicht.

Analysten gingen vor dem Gipfel davon aus, dass durch die Vielzahl an Krisen und Faki Mahamats Fokus auf „Frieden und Sicherheit“ wichtige Entscheidungen in Addis Abeba fallen würden. Dies war nicht der Fall. Faki Mahamat wies in seiner Rede jedoch darauf hin, dass traditionelle Formen des Peacekeeping gegenüber neuen Gefahren wie Terrorismus teilweise unzulänglich seien. „Keine gewalttätige Krise in Afrika wird durch Gewalt gelöst werden können. Dialog, Versöhnung und die Suche nach konsensbasierten Lösungen sind der einzig gangbare Weg zum Frieden.“